



18. Beratung und Beschlussfassung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2021 des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV, Beschlussvorlage: 068/2020
19. Beratung und Beschlussfassung: Gebührensatzung Rettungsdienst 2021, Beschlussvorlage: 078/2020
20. Beratung und Beschlussfassung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Festsetzung, Erhebung und Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsleistungen im Land Berlin für die Stadt Erkner, Beschlussvorlage: 058/2020
21. Beratung und Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung (AGS), Beschlussvorlage: 070/2020
22. Beratung und Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung (BGS), Beschlussvorlage: 071/2020
23. Beratung und Beschlussfassung: Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII – Änderung, Beschlussvorlage: 062/2020
24. Beratung und Beschlussfassung: 1. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Oder-Spree, Beschlussvorlage: 064/2020
25. Beratung und Beschlussfassung: Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Oder-Spree für den Schulplanungsbereich 3 2020 bis 2025, Beschlussvorlage: 057/2020
26. Beratung und Beschlussfassung: Veränderung der Zügigkeit am Rouanet-Gymnasium Beeskow, Beschlussvorlage: 055/2020
27. Beratung und Beschlussfassung: Anpassung der Fördersätze im Sportbereich, Beschlussvorlage: 069/2020
28. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zum grundhaften Ausbau der K 6726, Abschnitt 010, Ortsdurchfahrt (OD) Werder in der Gemeinde Tauche, Beschlussvorlage: 073/2020
29. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss für die Modernisierung der Oder-Spree-Tour auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree, Beschlussvorlage: 074/2020
30. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss für die Modernisierung der Tour Brandenburg auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree, Beschlussvorlage: 075/2020
31. Beratung und Beschlussfassung: Überarbeiteter Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree und seiner Ausschüsse für das Jahr 2021, Beschlussvorlage: 035/2020/1
32. Neuwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Oder-Spree auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN, Antrag: 18/DIE LINKE.PIRATEN/20
33. Veränderungen in den Ausschüssen

## II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.10.2020 - nichtöffentlicher Teil

## I. Öffentlicher Teil:

### **Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Dr. Berger, begrüßt die Anwesenden, weist auf die Maskenpflicht hin und bittet um eine zügige Abarbeitung der Tagesordnung. Weiterhin belehrt er die Abgeordneten, dass Inhalte der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte der Verschwiegenheitspflicht unterliegen und Zuwiderhandlungen mit einem Ordnungsgeld geahndet werden können.

Er eröffnet die Sitzung des Kreistages und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

**zugestimmt**

### **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende informiert, dass es am Montag, 30.11.2020, in der Telefonkonferenz der Fraktionsvorsitzenden einen Änderungsvorschlag gegeben habe, der per E-Mail an die Abgeordneten übersandt worden sei und als Tischvorlage ausgelegt wurde. Somit würden die Anträge der Fraktionen im ersten Teil der Sitzung beraten werden.

Außerdem liege einen Eilantrag der Fraktion AfD zum Thema Frauenhäuser in Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt vor.

Herr Dr. Berger bittet Herrn Fachtan im Namen der Fraktion AfD um Erläuterung der Eilbedürftigkeit des Antrages.

Im Anschluss teilt Herr Papendieck mit, dass auf Nachfrage beim Landkreis in Bezug auf den Eilantrag mitgeteilt worden sei, dass das Frauenhaus in Fürstenwalde möglicherweise einen zusätzlichen Bedarf habe, der jedoch nach Antragstellung geprüft und eine Lösung gefunden werde. Ein finanzieller Engpass wäre somit nicht zu erwarten. Im Frauenhaus in Eisenhüttenstadt gebe es derzeit keinen finanziellen Engpass. Die Dringlichkeit sei somit nicht erkennbar.

Der Vorsitzende bittet um **Abstimmung über die Dringlichkeit**.

Abstimmungsergebnis: Ja: 7, Nein: Mehrheit, Enthaltung: 5;

**mehrheitlich abgelehnt.**

Weitere Fragen zur Tagesordnung gibt es nicht; um Abstimmung wird gebeten.

**einstimmig zugestimmt**

*Nein 0 Enthaltung 6*

Herr Dr. Berger bezieht sich auf die bereits erwähnte Telefonkonferenz; man sei sich einig gewesen, dass sich sämtliche Redebeiträge auf zwei Minuten beschränken sollten. Der Ablauf der Sitzung sei so geplant, dass die Tagesordnung in drei Blöcke, a = 40 Minuten, jeweils 10 Minuten Pause zum Lüften, geteilt werde.

Um **Abstimmung über diese Verfahrensweise** wird gebeten:

*Abstimmungsergebnis: Ja: Mehrheit, Nein: 2, Enthaltung: 1  
mehrheitlich zugestimmt.*

### **Zu TOP 3      Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.10.2020 - öffentlicher Teil**

Herr Fachtan erhält Gelegenheit, eine persönliche Erklärung abzugeben. Dieser bezieht sich auf die Kreistagssitzung vom 07.10.2020 und die Diskussion zu den Corona-Maßnahmen. Er vertrete die Auffassung, dass die Diskussion im Interesse aller Bürger und aller Gewerbetreibenden geführt werden müsse, so dass ein ausgewogenes Meinungsbild entstehen könne. Die Diskussion habe nicht ausreichend stattgefunden und sei unterbunden worden. Schutz sei nötig, was auch die Einhaltung des Rechts betreffe. Aufgabe des Kreistages sei die Kontrolle der Exekutive. Es müsse darauf geachtet werden, dass auf verfassungskonformer Grundlage und verfassungskonform agiert werde. Grund- und Freiheitsrechte müssten geschützt werden, anderenfalls werde man den Aufgaben nicht gerecht.

Im Anschluss wird um Bestätigung der Niederschrift vom 07.10.2020 gebeten.

***zugestimmt***

### **Zu TOP 4      Einwohnerfragestunde**

1. Herr Mann, Mitglied des Fördervereins der Grundschule in Grünheide, bittet, das Problem des Tempo-30-Gebotes vor Schulen aufzugreifen. Laut Zeitungsberichten sei das im Landkreis MOL vor Schulen eingeführt worden und laut Straßenverkehrsordnung seit 2016 möglich. Er bittet um Prüfung, ob das, wenn auch nur in Grünheide, möglich wäre.

Der Landrat, Herr Lindemann, sagt zu, das Problem mit dem Straßenverkehrsamt zu besprechen. Eventuell bedürfe das der Prüfung im Einzelfall; er sehe nach Schilderung des Sachverhaltes jedoch gute Chancen.

2. Lisa Mann, vom Kinder- und Jugendbeirat Grünheide, legt dar, dass bei einer Besprechung am 20.11.2020 mit dem Woltersdorfer, Schöneichner und Erkneraner Beirat der Nahverkehrsplan auf der Tagesordnung gestanden habe. Hier seien Verbesserungen bzw. Wünsche erarbeitet und notiert worden. Als Beispiel erwähnt sie den Bus- und Bahnverkehr in den Abendstunden. Oftmals seien die Busse überfüllt. Das Protokoll der Besprechung sei an den Landkreis weitergeleitet worden.

Herr Dr. Berger schlägt vor, dass der vorgetragene Sachverhalt unter dem Tagesordnungspunkt 17 (ÖPNV) Berücksichtigung finden könnte.

Herr Dr. Zeschmann führt dazu aus, dass unter TOP 17 nicht der Nahverkehrsplan des Landkreises, sondern der ÖPNV-Investitionsplan besprochen werden soll. Der Nahverkehrsplan werde derzeit noch in den Fachausschüssen beraten und er rege an, den geschilderten Sachverhalt kurzfristig aufzugreifen, um im Schulbusverkehr die Corona-Maßnahmen einhalten zu können, was durch überfüllte Busse derzeit nicht gewährleistet sei. Die Schulbuszahl müsse seiner Ansicht nach verdoppelt werden.

Herr Buhrke informiert, dass die Anregungen aufgegriffen und geprüft werden und ggf. eine öffentliche Beteiligung erfolge.

### **Zu TOP 5      Geschäftsbericht des Landrates**

Der Geschäftsbericht des Landrates stehe in Schriftform zur Verfügung.

Zusammengefasst trägt der Landrat in Kürze vor, dass der Geschäftsbericht einen Rückblick zum Corona-Pandemiegeschehen beinhalte, inwieweit die Verwaltung davon betroffen sei. Weiterhin habe es ein Gespräch mit den Ministern Prof. Dr. Steinbach und Beermann zum Thema strukturelle Einbindung von Tesla in der Region gegeben, Herr Gehm habe zum Fortgang des Genehmigungsverfahrens und Baufortschritts Stellung genommen sowie über die Corona bedingte Einschränkung des Dienstes in der Kfz-Zulassungsstelle des Landkreises und über Bauverzögerungen bei der Spree-Oberschule. Herr Buhrke berichtet darin über Verbesserungen im Nahverkehr, Frau Teltewskaja über den Stand der Bekämpfung der ASP und habe die Anfrage der Fraktion FDP/B-J-A/BVFO zum kommunalen Wohnungsleerstand beantwortet.

## **Zu TOP 6            Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat**

Eine Anfrage zum kommunalen Wohnungsleerstand wurde bereits von Frau Teltewskaja beantwortet worden.

## **Zu TOP 7            Beratung und Beschlussfassung: Beschluss nach §§ 4-7 Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung (BbgKomNotV) Vorlage: 079/2020**

Herr Buhrke erläutert den Inhalt und nimmt dabei Bezug auf die Telefonkonferenzen mit den Fraktionsvorsitzenden. Es sei angeregt worden, in diesen Zeiten vermehrt Möglichkeiten für Besprechungen/Sitzungen zu schaffen.

Herr Dr. Pech erläutert den eingereichten Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN und die Einwendungen in der Sitzung des Kreisausschusses vom 18.11.2020. Videositzungen, die möglich werden sollten, seien nach der KomNotV nur zulässig, wenn alle Sitzungsteilnehmer während der Sitzung ständig und gleichzeitig durch Bild- und Tonübertragung an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen könnten. Gleiches gelte für ohne Bildübertragung durchzuführende Audiositzungen. Nach § 9 der KomNotV habe bei Präsenzsitzungen für die allgemeine Öffentlichkeit mindestens eine Tonübertragung in öffentlich zugängliche Räumlichkeiten zu erfolgen. Das sei zwingendes Recht. Insofern müssten die technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Audiositzungen sollten nur durchgeführt werden, wenn eine Videositzung technisch nicht umsetzbar sei. Beide Formen könnten nur angewendet werden, wenn sie technisch umsetzbar seien. Insofern seien technische Einschränkungen der Übertragung per Lifestream kaum ersichtlich. Weiterhin führt er an, dass andere Kreistage im Land Brandenburg auch ohne Anwendung der KomNotV die Übertragung der Sitzung per Lifestream in ihrer Geschäftsordnung geregelt hätten. Das sei eine politische Entscheidung, gegen die keine rechtlichen Bedenken vorgebracht werden könnten. Angesicht der öffentlichen Debatten über die Gewährleistung demokratischer Rechte unter den Bedingungen der Pandemie sei man auf gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen.

Herr Dr. Zeschmann stellt im Namen der Fraktion BVB/Freie Wähler einen Änderungsantrag zum zweiten Absatz des Beschlussvorschlages:

„Im Rahmen dieser Abweichungen entscheidet der Kreistagsvorsitzende bei der Einladung, von welcher Form er im Einzelfall Gebrauch macht.“

Die Änderung sollte sein:

„... das entscheidet das Kreistagspräsidium mehrheitlich, in welcher Form getagt werden soll.“

Herr Dr. Mühlberg bittet um das Wort; der Redebeitrag ist als Anlage beigefügt.

Herr Lindemann weist darauf hin, dass sich, sofern der Beschluss, was das Lifestreaming betreffe, angenommen werde, der Kreistag von der Beschlusslage des Landkreistages entferne, denn dort sei im Sinne der Sicherung der Unbefangenheit der Beratung und der Vermeidung von Selbstinszenierungen populistischer Art beschlossen worden, keine Lifestreams von den Sitzungen zu gestatten.

Der Vorsitzende bittet um **Abstimmung über**

1. den **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN:**  
Abstimmungsergebnis: Ja: 9, Nein: Mehrheit, Enthaltung: 5,  
**mehrheitlich abgelehnt.**
2. den **Änderungsantrag der Fraktion BVB/Freie Wähler.**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt im Rahmen der Brandenburgischen kommunalen Notlagenverordnung (BbgKomNotV) wegen der stark gestiegenen Infektionszahlen für die künftigen Sitzungen nach dem Kreistag am 02.12.2020 von den Möglichkeiten in §§ 4 bis 7 der BbgKomNotV Gebrauch zu machen, also je nach Infektionsgeschehen in Abweichung von der Kommunalverfassung auf Präsenzsitzungen, Videositzungen oder Audiositzungen auszuweichen.

Im Rahmen dieser Abweichungen entscheidet das Kreistagspräsidium mehrheitlich, in welcher Form getagt werden soll. Die Kreisverwaltung hat sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit in zumutbarer Weise verlässlich Kenntnis über die in Anspruch genommenen Abweichungsmöglichkeiten erhält.

Die beschlossenen Abweichungen gelten auch für den Kreisausschuss, den Jugendhilfeausschuss, den Werksausschuss KWU sowie alle beratenden Ausschüsse des Kreistages. Hier entscheidet der jeweilige Ausschussvorsitzende bei der Einladung, von welcher Form im Einzelfall Gebrauch gemacht wird. Die Regelung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit gilt entsprechend.

***einstimmig zugestimmt***  
*Nein 0 Enthaltung 6*

Es erfolgt der Hinweis zur Maskenpflicht!

**Zu TOP 8      Beratung und Beschlussfassung: Beschluss nach § 3 Abs. 1 Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung  
Vorlage: 077/2020**

Herr Buhrke erläutert den Inhalt der Beschlussvorlage.

Weitere Fragen und Anmerkungen gibt es nicht; um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, gem. § 3 Abs. 1 Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung

die Erheblichkeitsgrenze in § 5 Ziffer 4 Buchstabe b der Haushaltssatzung des Landkreises Oder-Spree, ab der eine Nachtragsatzung für bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Einzelaufwendungen oder Einzelauszahlungen zu erlassen ist von 1% der Aufwendungen oder Auszahlungen des laufenden Haushaltsjahres auf einem Produktsachkonto auf 3 % zu ändern.

Dies gilt ausschließlich für Aufwendungen und Auszahlungen aus den Produktsachkonten, die für die Krisenbewältigung der Covid 19-Pandemie und der Afrikanischen Schweinepest (ASP) erforderlich sind.

**Mehrheitlich zugestimmt**

Nein 2 Enthaltung 4

**Zu TOP 9 Beratung und Beschlussfassung: Armutsbericht des Landkreises  
Vorlage: 13/DIE LINKE.PIRATEN/20**

Herr Dr. Pech nimmt Bezug auf die zuvor gefassten Beschlüsse zur KommNotV und führt aus, dass es im Landkreis Oder-Spree von April bis zum Mai des Jahres 2020 einen Sprung von 500 zusätzlichen Beziehern von Grundsicherung gegeben habe, die zu über 90 % nach der Definition, die in Deutschland gilt, unter die Kategorie „arm“ fallen würden. Er stelle in Frage, ob die aktuellen Maßnahmen erwarten ließen, dass diese Entwicklung sich fortsetze. Das sei jedoch nur ein kleiner Teil der Probleme, denen man sich stellen müsse, wenn es um Armut im Landkreis ging. Eine Änderung des Antrages sei insofern erfolgt, dass die Verwaltung beauftragt werden sollte, eine Konzeption (inhaltliche Gliederung) für einen solchen Armutsbericht zu erarbeiten und in der März-Sitzung des Sozialausschusses zur Diskussion zu stellen und im Laufe des Jahres 2021 einen solchen Bericht zu erstellen. Das sei ein Kompromiss zu den inhaltlichen Anforderungen, die ein solcher Bericht haben müsste, und der Notwendigkeit, schnell zu reagieren.

Herr Schroeder moniert, dass es bereits einen Armutsbericht gäbe, der Zahlen bis Ende Mai 2020 einschließe. Warum dieser nicht ausreichend sein sollte, erschließe sich ihm nicht und bedeute eine zusätzliche Belastung der Verwaltung sowie der Kommunen.

Herr Dr. Pech erwidert; der Antrag sei in den Kreistag eingebracht und zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen worden. Nach der Beratung in den Ausschüssen sei der Antragstext geändert worden und liege der Antrag in der geänderten Fassung vor. Es müsse ein Überblick über die gesamte Armut im Landkreis erstellt werden und die Probleme dürften nicht durch Ignoranz zur Seite geschoben werden.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt dem Kreistag zur zweiten Sitzung im Jahre 2021 einen Bericht über die Armut im Landkreis Oder-Spree vorzulegen.

Dieser Bericht soll der Grundstruktur des Armutsberichts des paritätischen Gesamtverbandes folgen und mindestens enthalten:

- Angaben über die Armutsgefährdung;
- Angaben über Kinder- und Altersarmut
- Angaben über die Obdachlosigkeit / Wohnungslosigkeit im Landkreis
- Angaben über die Armutsmilderung durch die Arbeit der Tafeln im Landkreis

sowie über die in den genannten Bereichen vom Landkreis ergriffenen Maßnahmen.

**Mehrheitlich abgelehnt**

*Ja 10 Enthaltung 13*

**Zu TOP 10 Beratung und Beschlussfassung: Erstellung eines Konzeptes für Logistik und Verarbeitung regionaler Lebensmittel im Landkreis Oder-Spree, Vorlage: 20/FDP/BJA/BVFO/20/1**

Herr Meise erläutert die Hintergründe des Antrages, nimmt Bezug auf den Kreisbauerntag vor einem Jahr und die schlechte Stimmung unter den Bauern. Man sei sich einig gewesen, einen Sonderkreistag für Landwirtschaft durchzuführen. Die Corona-Pandemie und die ASP hätten die Situation verschärft; die Entwicklung des ländlichen Raumes für die Region stehe auf dem Spiel. Von dem Sonderkreistag habe man sich Ideen erhofft, z. B. die Selbstversorgungsfähigkeit zu sichern. Der Antrag sei eingereicht worden, um nicht noch mehr Zeit verstreichen zu lassen.

Herr Mangelsdorf hält entgegen, dass das Konzept von den am Markt Beteiligten selbst vorgelegt werden sollte und könnte im Anschluss in den Ausschüssen abgestimmt werden. Der Landkreis habe nicht die Aufgabe, ein Konzept für die regionale Vermarktung zu erstellen. Eine regionale Quote der Vermarktung könne nicht erreicht werden. Wichtiger wäre es, die Qualität der einzelnen Produkte zu betrachten und anschließend die Vermarktung zu erweitern.

Herr Diepold wirft vor, dass die bisherige Arbeit des Ausschusses für ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung nicht hinzugezogen worden sei. Hier habe es erste Ideen bzw. Ansatzpunkte gegeben. Auch sei festgestellt worden, dass der Handel die Produkte aus anderen Ländern und Regionen einführt. Er sehe eine regionale Lebensmittelversorgung derzeit nicht gewährleistet.

Herr Dr. Zeschmann erwidert, dass eine verfehlte EU-Agrarpolitik im Landkreis nicht geändert werden könne, sondern man müsse mit den Bedingungen vor Ort umgehen. Direktvermarktung und Strukturen zu etablieren, in regionalen Bereichen weiterzuentwickeln; das könne als Aufgabe des Kreis- bzw. Landtages gesehen werden. Er spreche sich für die Hilfestellung durch den Kreis- und Landtag aus, den Prozess zur weiteren Entwicklung von regionalen Ketten und einer Vermarktung von Produkten anzustoßen und Voraussetzungen zu schaffen. Er verweise auf den Zusammenschluss der Initiativen der Direktvermarkter „pro agro“.

Herr Wende spricht sich ausdrücklich für den Antrag aus. Man sollte der Arbeit des landwirtschaftlichen Bereiches mehr Vertrauen entgegen bringen und Verantwortung für Gestaltung des Prozesses übernehmen.

Herr Umbreit schließt sich der Auffassung von Herrn Mangelsdorf an, dass die Initiative von selbst kommen müsse und nicht einseitig gedacht werden dürfe, denn auch andere Bereiche würden von der Krise betroffen sein.

Herr Schapke bezieht sich auf die Sitzung des Ausschusses für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung, in der ein Professor des Leibniz-Institutes empfohlen hatte, dass der Landkreis für regionale Wirtschaftskreisläufe Strukturen entwickeln sollte, um die Eigenvermarktung anzukurbeln. Das wäre der richtige Weg für eine nachhaltige Umsetzung und Unterstützung der Bauern von Seiten des Kreistages. Eine feste Quote festzulegen, stelle er in Frage.

Herr Aulich merkt an, dass der Kreistag für die Vermarktung nicht zuständig sei und dürfe nicht in die Marktwirtschaft eingreifen.

(Pause)

Herr Lindemann informiert, dass ihm die Durchführung des Sonderkreistages sehr am Herzen liege und er dem Antrag aufgeschlossen gegenüberstehe, da die Landwirtschaft Verantwortung für die Kulturlandschaft trage. Man müsse überlegen, wie hier allgemein verträgliche Lösungen gefunden werden könnten. Er schlage vor, den Antrag abzuwandeln; der Landkreis dürfe nicht in das Marktgeschehen eingreifen. Die Unterstützung des Landkreises sei bereits bei der Vermarktung von Schwarzwild angelaufen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, konzeptionelle und strategische Konzepte zur Etablierung regionaler Wertschöpfungsketten im Bereich Logistik und Verarbeitung regionaler landwirtschaftlicher Produkte im Landkreis Oder-Spree zu entwickeln und die Voraussetzungen zur Umsetzung zu schaffen sowie schnellstmöglich die ersten Schritte der Umsetzung einzuleiten.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 26 Nein 9 Enthaltung 7*

**Zu TOP 11 Beratung und Beschlussfassung: Aufstockung des Kreisstrukturfonds  
Vorlage: 26/BVB/Freie Wähler/20**

Herr Dr. Zeschmann erläutert den Anwesenden den Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler. Er sehe die Variante als Ausgleichsmöglichkeit für ärmere Gemeinden und Städte im Landkreis.

Weitere Fragen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Herr Dr. Berger ordnet wiederholt die Maskenpflicht und kündigt die Nutzung des Hausrechtes an

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag Oder-Spree beschließt die Aufstockung des Kreisstrukturfonds (**BV 019/2018**) zur Förderung investiver Strukturmaßnahmen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter. Hierfür sollen jährlich *10 Mio. €* in den Haushalt des Landkreises eingestellt werden. Nicht verbrauchte Mittel eines Haushaltsjahres werden dem Budget *des Kreisstrukturfonds* des Folgejahres zugeführt.

Dem Landrat wird aufgegeben, bis zum nächsten Kreistag unter Beachtung des Haushaltsrechts eine Richtlinie zur Vergabe der Förderung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Kreistag hat nach ausführlicher Diskussion der inhaltlichen Zielsetzungen die Anträge unserer Städte und Gemeinden an den Kreisstrukturfonds in den Fachausschüssen und zum Zwecke der ausgewogenen Mittelverteilung über diese zu beschließen.

***Mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 8 Nein 18 Enthaltung 17*

**Zu TOP 12 Beratung und Beschlussfassung: Spezielle Nothilfe für Kommunen in Haushaltssicherung, Vorlage: 27/BVB/Freie Wähler/20**

Herr Dr. Zeschmann begründet den Antrag und beruft sich auf die Brandenburgische Landesverfassung, die die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ermöglichen soll. Viele

Städte und Gemeinden würden wegen der strukturschwachen Region im Haushaltssicherungskonzept stecken und benachteiligt sein.

Herr Papendieck erwidert, dass der Landkreis bereits eine Ausgleichsfunktion ausübe. Als Beispiel führt er den Breitbandausbau – hier werden die kommunalen Eigenanteile übernommen – oder auch die touristischen Radwege an. Ein weiteres Projekt stelle das ärztliche Versorgungszentrum in Friedland dar. Er habe rechtliche Bedenken, die Kreisumlage zu splitten.

Herr Dr. Zeschmann widerspricht; die angeführten Beispiele seien nicht die wichtigen Punkte, um den Städten und Gemeinden zu helfen. Bedeutsamer sei, dass Investitionen für die Bürger umgesetzt werden könnten.

Herr Dr. Pech stimmt dem Anliegen zu, der Weg sei jedoch nicht der richtige. Förderprogramme, bei denen der Landkreis Eigenanteile von Kommunen übernimmt, die die Kommunen ansonsten nicht bezahlen könnten, würden eine Hilfestellung bedeuten. Der Ansatz müsse anders gestaltet werden.

Herr Schink stellt einen **Antrag auf Verweisung** in die Fachausschüsse, um eventuell Vergleiche mit anderen Landkreisen durchzuführen.

(Der Landrat weist auf die Maskenpflicht hin, anderenfalls müsse das Hausrecht ausgeübt werden. Der Vorsitzende verwarnt die betreffenden Abgeordneten.)

Herr Dr. Zeschmann schließt der Auffassung von Herrn Dr. Pech an, dass der richtige Weg gefunden werden müsse und bittet um die **Verweisung in die Fachausschüsse**.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse.

**zurückverwiesen**

### **Zu TOP 13      Beratung und Beschlussfassung: Entschließung des Kreistages Oder-Spree, Vorlage: 28/Fraktionen KT/202**

Herr Dr. Pech weist darauf hin, dass zum Zeitpunkt der Formulierung des Antrages die Eingrenzung des ersten Kerngebietes abgeschlossen gewesen sei und es einen zweiten Fund gegeben habe, weswegen ein neues Kerngebiet definiert werden musste. Man könne deutlich erkennen, dass die Abfolge der Ereignisse und die Auseinandersetzung mit der ASP ohne bundesweite Strategie erfolge. Er erinnert an die Diskussion, ob ein Zaun an der Oder gebaut werden sollte oder nicht. Da es keine zentrale staatliche Veranlassung dazu gegeben habe, sei der Zaunbau nicht vollzogen worden. Das erwartete Übergreifen der ASP hätte erst Veranlassung gegeben, Zäune zu errichten. Es müsste erkennbar sein, dass die Strategie des Hinterherlaufens mit den Maßnahmen das Problem nicht lösen würde. Die Forderung sollte eine zentrale Strategie der Auseinandersetzung mit der ASP und des Kampfes dagegen sein, die die Betroffenen nicht allein lasse, denn der Landkreis Oder-Spree weise die meisten Fälle auf. Handle man nicht, müsste mit weiteren Schieflagen gerechnet werden, was weitere wirtschaftliche Folgen mit sich bringen würde.

Herr Schapke stellt die Funktionsweise der Zäune in Frage, da diese nicht in der Gesamtheit geschlossen seien und z. B. Straßen oder andere Gegebenheiten dem Vorhaben entgegenstehen würden. Diese Strategie sei nicht durchdacht. Insofern unterstütze er den Antrag, dass weitere Maßnahmen ergriffen werden sollten.

Herr Mangelsdorf bringt zum Ausdruck, dass er die Wirkung der bisherigen Maßnahmen nicht erkenne. Im Zusammenhang mit dem verspäteten Zaunbau an der Oder bittet er, den Blick

nach Dänemark zu richten, dort hätte man früher reagiert und würden sich die Probleme nicht stellen. Oberstes Gebot müsse es sein, eine Strategie zu finden, die zur Bekämpfung der ASP beitrage, so z. B. Eingrenzung des Gebietes und die Eliminierung der kranken Tiere. Anderenfalls könne den Bauern nicht geholfen und die ASP besiegt werden. Die bisherigen Maßnahmen des Landkreises unter Leitung von Frau Teltewskaja und Frau Senger seien sehr lobenswert und so sei es gelungen, den Herd östlich der Spree einzugrenzen. Man müsse den Bauern helfen, die Schäden zu begrenzen und die durch die Maßnahmen eingetretenen Einkommensverluste auszugleichen. Hier sollte das Land schnellstmöglich beteiligt werden.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Landrat wird beauftragt, diese Entschließung dem Landtag, der Landesregierung sowie dem Bundestag und der Bundesregierung zu übermitteln.

### ***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 21 Nein 13 Enthaltung 7*

### **Zu TOP 14      Beratung und Beschlussfassung: Dringlichkeitsantrag: Afrikanische Schweinepest, Vorlage: 17/FDP/BJA/BVFO/20/1**

Herr Noppe bezieht sich auf die Darlegungen unter TOP 10 und fasst zusammen, dass die angesprochenen Probleme zur Regionalität einer Lösung zugeführt werden müssten. Daher sei im Antrag ein durch die Verwaltung zu erstellendes Unterstützungsprogramm für Schweinefleisch und Wildfleisch verarbeitende Betriebe gefordert worden, welches Ende des ersten Quartals des nächsten Jahres dem Kreistag vorgestellt werden sollte.

Er schildert im Weiteren die gravierenden Probleme in der Landschaft und bittet, dem Antrag angemessen die Zustimmung zu erteilen.

Herr Dr. Zeschmann bringt zum Ausdruck, dass er hier einen Widerspruch sehe. Ein Konzept zu erarbeiten, wie bereits unter TOP 10 besprochen, sehe er sinnvoll. In diesem Antrag könne er jedoch nicht erkennen, ob es sich um ein Konjunkturprogramm oder ein Vermarktungskonzept handle. Seiner Kenntnis nach sei eine Entschädigung der Betroffenen seitens des Landes geplant, daher sei der Antrag nicht hilfreich.

Herr Mangelsdorf bittet um Verweisung in den Fachausschuss, da sich der Inhalt des Antrages geändert habe.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung, ob der Antrag in den Fachausschuss verwiesen werden soll.

### ***zurückverwiesen***

**Zu TOP 15      Beratung und Beschlussfassung: Eilantrag: Sichere Schulwege für Müllroser Schulkinder**  
**Vorlage: 25/FDP/BJA/BVFO/2020**

*zurückgezogen*

**Zu TOP 16      Beratung und Beschlussfassung: Genehmigung einer Eilentscheidung über die Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen**  
**Vorlage: 080/2020**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung (Anlage) gemäß § 58 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf).

***Mehrheitlich zugestimmt***  
*Nein 1 Enthaltung 2*

**Zu TOP 17      Beratung und Beschlussfassung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021, Vorlage: 065/2020**

Der Vorsitzende verweist auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN.

Herr Papendieck meldet sich zu Wort und erklärt seine Zustimmung, da der Haushalt viele Investitionen im Bildungsbereich enthalte.

Herr Dr. Stiller bringt zum Ausdruck, dass die Korrektur auf Seite 615 fehle. Er schlage vor, dass sich der politische Wille zum zügigen Bau der Gesamtschule in Erkner unter Einbeziehung des Schulentwicklungsplanes mit der Einschreibung in den Haushalt widerspiegeln sollte.

Herr Dr. Zeschmann beantragt, die Spiegelstriche unter Punkt 1 der Beschlussvorlage **einzel** **abzustimmen**, da er der Auffassung sei, dass sich der Hebesatz für einzelne Städte und Gemeinden, die sich dauerhaft im Haushaltssicherungskonzept befinden, unverträglich gestalte.

Herr Buhrke weist darauf hin, dass bei der Planung das Haushaltsrecht berücksichtigt werden müsse. Um dem Ansinnen des Änderungsantrages gerecht werden zu können, schlage er vor, eine Verpflichtungsermächtigung einzustellen. Somit müsse nicht der gesamte Haushalt umgestellt werden und der Änderungsantrag würde sich erübrigen.

Herr Losensky erklärt die Zustimmung seiner Fraktion FDP/B-J-A/BVFO. Er nimmt Bezug auf die Anlage zur Haushaltssatzung bezüglich der amtsfreien Gemeinden bzw. Gemeinden, die keinen Jahresabschluss vorgelegt hätten. Die Haushaltspläne dieser Gemeinden könnten somit nicht kontrolliert werden (Bsp.: Gemeinde Tauche). Er schlage Herrn Dr. Zeschmann vor, für den Haushaltsplan 2022 gemeinsam einen Antrag einzureichen, dass die Kreisverwaltung ein Konzept entwickeln sollte, wie in Zukunft (ggf. zwei Jahre) Jahresabschlüsse, sofern diese erzielt werden, aufgeteilt werden könnten. Unter Berücksichtigung, dass die Arbeitsfähigkeit der Kreisverwaltung gewährleistet bleibe, könnte eine Arbeitsgruppe mit jeweils einem Mitglied je-

der Fraktion sowie Amtsleiter und Kämmerer tätig werden und prüfen, wie eine ausreichende Ausstattung der notleidenden Gemeinden ermöglicht werden kann, um die Eigenanteile bei größeren Investitionen zu gewährleisten.

Herr Dr. Pech bittet, den Blick auf den Kreishaushalt zu lenken. Das Problem, das sich stelle, sei, dass sich derzeit der Haushalt „wohlhabend“ gestalte. Die Grundlage liege Jahre zurück, jedoch müsse man die wirtschaftlichen Auswirkungen des zurückliegenden Jahres berücksichtigen, die den Landkreis einholen werden würden. Das betreffe nicht nur den Kreishaushalt, sondern auch die kreisangehörigen Kommunen. Er sehe es positiv, dass die Kreisumlage für das aktuelle Jahr gesenkt werde, da dies den Kommunen direkt helfe. Jedoch müsse man sich die Frage über die aktuell existierenden Probleme stellen. Wenn man z. B. den Schülerbusverkehr betrachte, der erhöht werden sollte, bedeute das eine zusätzliche finanzielle Belastung für den Kreishaushalt, was nicht auf dem Plan stehe, jedoch viele Eltern betreffe.

Herr Dr. Berger bittet entsprechend des Antrages von Herrn Dr. Zeschmann um Abstimmung über:

1. - Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2021.

**Abstimmungsergebnis: Ja: Mehrheit, Nein: 3, Enthaltung: 2**

- Er bestätigt die von der Verwaltung vorgenommene Einschätzung zur Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden des Landkreises Oder-Spree.

**Abstimmungsergebnis: Ja: Mehrheit, Nein: 4, Enthaltung: 1**

- Der Landrat berichtet per 30.04.2021, 30.06.2021, 30.09.2021 und 31.12.2021 über die Erfüllung des Haushaltsplanes 2021.

**Abstimmungsergebnis: Ja: Mehrheit, Nein: -, Enthaltung 1.**

2. Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan des „Kommunalen Wirtschaftsunternehmens Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2021.

**Abstimmungsergebnis: Ja: Mehrheit, Nein: -, Enthaltung 3.**

(Pause)

### **Beschlussvorschlag:**

1. - Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2021.

- Er bestätigt die von der Verwaltung vorgenommene Einschätzung zur Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden des Landkreises Oder-Spree.
- Der Landrat berichtet per 30.04.2021, 30.06.2021, 30.09.2021 und 31.12.2021 über die Erfüllung des Haushaltsplanes 2021.

2. - Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan des „Kommunalen Wirtschaftsunternehmens Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2021.

**zugestimmt**

**Zu TOP 18      Beratung und Beschlussfassung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2021 des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV  
Vorlage: 068/2020**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt entsprechend des ÖPNV-Gesetzes des Landes Brandenburg (ÖPNVG) in der geltenden Fassung, zuletzt geändert durch Änderungsgesetz vom 14.12.2017, sowie der ÖPNV-Finanzierungsverordnung in der geltenden Fassung, zuletzt geändert am 18.01.2018 i. V. m. der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV vom 03.12.2015 und dem Zuwendungsbescheid des Landes Brandenburg vom 15.07.2020 für das Jahr 2021 den ÖPNV-Investitionsplan des Landkreises Oder-Spree für das Jahr 2021 (Anlage) und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

### **Mehrheitlich zugestimmt**

*Nein 2 Enthaltung 1*

### **Zu TOP 19 Beratung und Beschlussfassung: Gebührensatzung Rettungsdienst 2021, Vorlage: 078/2020**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die anliegende Gebührensatzung für den Rettungsdienst 2021 (Siehe Anlage 1).

### **einstimmig zugestimmt**

*Nein 0 Enthaltung 2*

### **Zu TOP 20 Beratung und Beschlussfassung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Festsetzung, Erhebung und Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsleistungen im Land Berlin für die Stadt Erkner, Vorlage: 058/2020**

Frau Heinrich merkt an, dass die Satzung auf alten Bedingungen der Stadt Erkner beruhe und diese derzeit diskutiert werden würden. Die Stadt habe keine eigene kommunale Einrichtung und demzufolge könnten die Beiträge für Berliner Kinder nicht, sondern würden sämtliche privaten und freien Träger herangezogen werden, um eine Beitragsermittlung anstreben zu können. Die Tabelle in der Beschlussvorlage sei nicht aktuell, daher müsse sie im nächsten Jahr neu betrachtet werden. Das betreffe auch den Punkte, ab dem wievielten Kind eine Beitragsfreiheit eingeräumt werden könne.

Um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Festsetzung, Erhebung und Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsleistungen im Land Berlin für ~~das Gemeindegebiet der~~ die Stadt Erkner mit Wirkung vom 01.01.2021.

### **Mehrheitlich zugestimmt**

*Nein 2 Enthaltung 7*

**Zu TOP 21      Beratung und Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung (AGS), Vorlage: 070/2020**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung – Abfallgebührensatzung – vom 02.12.2020 (Anlage 1).

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 3*

**Zu TOP 22      Beratung und Beschlussfassung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung (BGS)  
Vorlage: 071/2020**

Herr Woweries stellt in Frage, warum einige Positionen um 26 % angehoben worden seien, was unter anderem die Abfälle der Bauunternehmen betreffe. Er befürchte eine Erhöhung der Kosten im Bau und vermehrte wilde Abfallentsorgung. Die Kosten sollten sich stabil gestalten.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung – vom 02.12.2020 (Anlage 1).

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 8 Enthaltung 6*

**Zu TOP 23      Beratung und Beschlussfassung: Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII – Änderung, Vorlage: 062/2020**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die geänderte „Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII“ vom 01.01.2019 mit Wirkung ab 01.01.2021.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 5*

**Zu TOP 24      Beratung und Beschlussfassung: 1. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Oder-Spree  
Vorlage: 064/2020**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, die in der Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Oder-Spree unter § 4 Abs. 4.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 1 Enthaltung 0*

**Zu TOP 25      Beratung und Beschlussfassung: Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Oder-Spree für den Schulplanungsbereich 3 2020 bis 2025  
Vorlage: 057/2020**

Herr Dr. Zeschmann nimmt Bezug auf den Grundsatzbeschluss vom 3. April 2019, die Morus-Oberschule Erkner zur Gesamtschule auszubauen und den Schulstandort in Schöneiche zu entwickeln, was auch im Schulentwicklungsplan wiederzufinden sei. Jedoch würden die Formulierungen auf den Stand von 2017 zurückwerfen.

Frau Stahl betont, dass sie nicht zustimmen könne, weil z. B. in Neuzelle die Privatschulen bevorzugt angewählt werden würden. Im vorliegenden Text stehe ein anderer Sachverhalt. Sie sehe den Grund dafür in dem sinkenden Niveau der staatlichen Schulen, was auch den Zustand der Objekte betreffe. Sie bittet um Korrektur der Aussage.

Herr Opitz bezieht sich auf die Aussage seiner Vorrednerin und stellt den Vergleich einer privaten und öffentlichen Schule in Frage. Ebenso widerspricht er der Aussage zum höheren Niveau der Privatschule in Neuzelle.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Oder-Spree für den Schulplanungsbereich 3 für den Zeitraum 2020 - 2025.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 7 Enthaltung 4*

**Zu TOP 26      Beratung und Beschlussfassung: Veränderung der Zügigkeit am Rouanet-Gymnasium Beeskow  
Vorlage: 055/2020**

Herr Dr. Stiller bezieht sich auf seine Ausführungen während des Kreisausschusses vom 18.11.2020, dass auffällig sei, dass die Planung der Zügigkeit weit vorausgreife. Auch, wenn das mit den dort beabsichtigten Baumaßnahmen im Zusammenhang stehe, müsse man parallel betrachten, dass es z. B. für Erkner eine Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes gege-

ben habe und für das Gymnasium in Beeskow nicht einfach eine Zügigkeit beschlossen werden dürfe. Er sei der Auffassung, dass die Gesamtsituation in Beeskow unter Einbeziehung der Oberschule betrachtet werden müsse. Das Angebot der Oberschule dürfe nicht durch Erweiterung des Gymnasiums in den Hintergrund rücken. Er könne sich mit der Art und Weise nicht einverstanden erklären.

Im Anschluss wird um Abstimmung gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Zügigkeit am Rouanet-Gymnasium Beeskow mit Fertigstellung des Erweiterungsneubaus (vsstl. 2024) auf fünf (5) Züge pro Jahrgangsstufe festzulegen.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 20 Nein 6 Enthaltung 17*

**Zu TOP 27      Beratung und Beschlussfassung: Anpassung der Fördersätze im Sportbereich, Vorlage: 069/2020**

Herr Schink bringt zum Ausdruck, dass er den Sport als regionales Produkt und tragende Säule der regionalen Entwicklung und der Kulturlandschaft im Landkreis sehe. Er schlage vor, alle zwei Jahre erneut darüber zu sprechen, um den Sport wachsen zu lassen.

Weitere Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Anpassung der Sportförderrichtlinie des Landkreises Oder-Spree mit Wirkung ab 01.01.2021.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

**Zu TOP 28      Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zum grundhaften Ausbau der K 6726, Abschnitt 010, Ortsdurchfahrt (OD) Werder in der Gemeinde Tauche, Vorlage: 073/2020**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung und der baulichen Realisierung der K 6726 Abschnitt 010, OD Werder vom km 0,000 bis km 0,765 (Kreisgrenze zum Landkreis Dahme-Spreewald).

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 29      Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss für die Modernisierung der Oder-Spree-Tour auf dem Territorium des Landkreises Oder-**

## **Spree, Vorlage: 074/2020**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung und der baulichen Ausführung des Fernradweges „Oder-Spree Tour“ auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 2*

### **Zu TOP 30 Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss für die Modernisierung der Tour Brandenburg auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree, Vorlage: 075/2020**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung und baulichen Ausführung der Modernisierung des Fernradweges „Tour Brandenburg“ auf dem Territorium des Landkreises Oder-Spree.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 3*

### **Zu TOP 31 Beratung und Beschlussfassung: Überarbeiteter Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree und seiner Ausschüsse für das Jahr 2021 Vorlage: 035/2020/1**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt den überarbeiteten Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree und seiner Ausschüsse für das Jahr 2021.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

### **Zu TOP 32 Neuwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Oder-Spree auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN, Vorlage: 18/DIE LINKE.PIRATEN/20**

Der Vorsitzende erläutert, dass nach einstimmiger Erklärung eine offene Wahl stattfinden könnte und fordert die Abgeordneten zur Abstimmung darüber auf.

***Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig***

Es erfolgt die Abstimmung zur Hauptsache.

## **Beschlussvorschlag:**

Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN wählt der Kreistag Oder-Spree Frau Gabriele Weitzel als neues stellvertretendes Mitglied für die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Oder-Spree.

### ***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 44 Nein 1 Enthaltung 2*

## **Zu TOP 33      Veränderungen in den Ausschüssen**

Folgende Änderungsanträge liegen vor:

- Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Migration:  
Berufung als sachkundiger Einwohner: Herr Martin Isermeyer (Bündnis 90/Die Grünen),  
Abberufung des sachkundigen Einwohners: Ingo Passow (FDP/B-J-A/BVFO),  
Berufung als sachkundige Einwohnerin: Anne Rimpler (FDP/B-J-A/BVFO),
- Ausschuss für ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung:  
Abberufung des sachkundigen Einwohners: Klaus Reinicke (FDP/B-J-A/BVFO),  
Berufung als sachkundiger Einwohner: Dr. Karsten Lorenz (FDP/B-J-A/BVFO),

Die AfD-Fraktion schlägt eine Umbesetzung für die Regionalversammlung des Landkreises Oder-Spree vor: Abberufung: Tamara Stahl und Uwe Woweries, Berufung: Hildegard Vera Kathner und Lars Aulich (Stellvertreter: Jürgen Gebauer und Axel Fachtan).

Um Abstimmung wird gebeten.

### ***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

Dr. Franz H. Berger  
Vorsitzender des Kreistages

Sina Ziesmer  
Protokollantin